

Mitteilung
des Ministeriums der Justiz und für Europa

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 18. Oktober 2019,
Az.: EU-9520/35:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 3. Quartal 2019.

Wolf
Minister der Justiz
und für Europa

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg**über aktuelle europapolitische Themen****3. Quartal 2019**

I. Aktuelle europapolitische Themen	2
1. Neue Kommission	2
2. Rechtsstaatlichkeit / Donaujustizministerkonferenz	4
3. Brexit	6
4. Europaministerkonferenz	7
II. Europapolitische Veranstaltungen	8
III. Europafähigkeit und Europakommunikation	12
IV. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	14
V. EU-Strategie für den Donaauraum und EU-Strategie für den Alpenraum	16
VI. Vier Motoren für Europa	18
VII. Zusammenarbeit mit Frankreich	19
VIII. Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen	22
IX. Entwicklungspolitik	24

I. Aktuelle europapolitische Themen

Das dritte Quartal des Jahres 2019 wurde europapolitisch von den Vorbereitungen auf den Amtsantritt der neuen Kommission, den Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich und neuen Entwicklungen im Bereich Rechtsstaatlichkeit geprägt.

1. Neue Kommission

Der Europäische Rat hat am 2. Juli 2019 Frau Ursula von der Leyen als Kandidatin für das Amt der nächsten Präsidentin der Europäischen Kommission vorgeschlagen. Sie wurde am 16. Juli 2019 vom Europäischen Parlament (EP) in Straßburg mit 383 Stimmen bei 327 Gegenstimmen und 22 Enthaltungen gewählt. Zuvor hatte Frau von der Leyen vor dem EP-Plenum ihre politischen Leitlinien für die neue Amtszeit der Kommission vorgestellt, in denen sie sechs Schwerpunktthemen benannte: 1. Ein europäischer Grüner Deal; 2. Eine Wirtschaft, deren Rechnung für die Menschen aufgeht; 3. Ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist; 4. Schützen, was Europa ausmacht; 5. Ein stärkeres Europa in der Welt; 6. Neuer Schwung für die Demokratie in Europa.

Im Anschluss nominierten die Regierungen der Mitgliedstaaten ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die neue Kommission. Frau von der Leyen hat am 10. September ihr 27-köpfiges Team (ohne Vereinigtes Königreich) vorgestellt. Sie kündigte eine neue Struktur der Kommission 2019 – 2024 an, die die Prioritäten aus ihren politischen Leitlinien vom 16. Juli widerspiegeln soll: Das neue Kollegium wird acht Vizepräsidenten einschließlich dem Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik haben, die für die Koordinierung der Arbeit an übergreifenden Themen verantwortlich sein werden. Drei exekutive Vizepräsidenten werden eine Doppelfunktion übernehmen: die Koordinierung eines Themenfelds und die Zuständigkeit für eine Generaldirektion.

Der Niederländer Frans Timmermans soll als Erster exekutiver Vizepräsident die Vertretung für die Kommissionspräsidentin übernehmen. Er soll die Arbeiten für den Europäischen Grünen Deal koordinieren und zuständig sein für die Generaldirektion Klimapolitik. Margrethe Vestager (Dänemark) soll als exekutive Vizepräsidentin den Themenbereich „Ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist“ koordinieren und behält ihre bisherige Zuständigkeit für die Generaldirektion Wettbewerb. Der exekutive Vizepräsident Valdis Dombrovskis (Lettland) soll für das Themenfeld „Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen“ und die Generaldirektion für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion zuständig sein.

Als weitere fünf Vizepräsidenten (ohne direkte Zuständigkeit für eine Generaldirektion) wurden nominiert:

- Josep Borrell (Spanien): Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik,
- Věra Jourová (Tschechische Republik): Werte und Transparenz;
- Margaritis Schinas (Griechenland): Schützen, was Europa ausmacht;
- Maroš Šefčovič (Slowakei): Interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau;
- Dubravka Šuica (Kroatien): Demokratie und Demografie, zuständig für die Konferenz zur Zukunft Europas

Die übrigen 18 Mitglieder der Kommission sollen jeweils die Zuständigkeit für eine oder zwei Generaldirektionen erhalten. Vgl. dazu im Detail: https://ec.europa.eu/commission/interim/commissioners-designate_de

Die Kandidatinnen und Kandidaten mussten sich den Anhörungen in den EP-Fachausschüssen stellen, die jeweils eine Empfehlung abgaben. Die französische Kandidatin fiel bei der Abstimmung nach ihrer Anhörung durch. Zuvor hatte bereits der Rechtsausschuss ein ablehnendes Votum zu den Kandidaten aus Rumänien und Ungarn ausgesprochen. Für die drei nicht bestätigten Kandidaten müssen die Regierungen der Mitgliedstaaten nun Ersatzkandidaten benennen. Das Eu-

ropäische Parlament muss schließlich dem gesamten Kollegium zustimmen, damit die neue Kommission dann vom Europäischen Rat ernannt werden kann.

Bewertung: Durch die schnelle Wahl von Frau von der Leyen zur Kommissionspräsidentin konnte eine institutionelle Krise und eine Lähmung der EU zunächst vermieden werden. Allerdings wird durch die Ablehnung von drei Kommissarskandidaten durch die EP-Ausschüsse immer wahrscheinlicher, dass die neue Kommission nicht wie vorgesehen zum 1. November 2019 ihr Amt antreten wird. Auch wenn ein verzögerter Amtsantritt der Kommission nicht ungewöhnlich ist, haben die Vorgänge seit den Europawahlen rund um die Nominierung der Kommission anscheinend im EP und im Verhältnis der EU-Institutionen Spuren hinterlassen. Es zeigt sich, dass es Handlungsbedarf in der Frage einer besseren Verankerung des Spitzenkandidatenprinzips gibt. Es ist zu begrüßen, dass die neue Kommissionspräsidentin hier Lösungen vorschlagen will. Frau von der Leyen hat sich eine ambitionierte Agenda mit vielen richtigen Schwerpunkten vorgenommen. Baden-Württemberg hat hohe Erwartungen an die neue Kommission unter Frau von der Leyen und wird sich mit eigenen Anliegen an die neue Kommission wenden.

2. Rechtsstaatlichkeit / Donaujustizministerkonferenz

Die Kommission hat am 17. Juli 2019 eine Mitteilung zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit angenommen. Damit führt sie den Diskussionsprozess auf EU-Ebene zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten fort. Die Landesregierung hat den Landtag mit Drs. 16/6857 unterrichtet. Der Bundesrat hat am 21. September 2019 auf Initiative auch Baden-Württembergs einen Beschluss gefasst (vgl. BR-Drs. 326/19(B)).

Auf Initiative von Justiz- und Europaminister Guido Wolf MdL hat am 11. und 12. September 2019 in Ulm die erste Donaujustizministerkon-

ferenz stattgefunden. Dabei haben sich hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Diplomatie, Justiz, Wissenschaft, Verwaltung und Verbänden erstmals in der langjährigen Zusammenarbeit im Donauraum Fragen der Rechtsstaatlichkeit und der Zusammenarbeit in der Justiz in einem eigenen sichtbaren Format gewidmet. Ziel war es, die unterschiedlichen Herangehensweisen im direkten Austausch zu vergleichen, um Best-Practice-Ideen aller Partner der EU-Donauraumstrategie (EUSDR) zu ermitteln und so dazu beizutragen, dass Rechtsstaatlichkeit als grundlegender Wert innerhalb der Europäischen Union gewährleistet wird. Die Konferenzteilnehmer waren sich - bei aller Vielfalt in den Ansätzen zur konkreten Ausgestaltung des Rechtsstaates - über den unantastbaren Kernbestand rechtsstaatlicher Prinzipien einig. Zu diesen Prinzipien zählen die Unabhängigkeit der Justiz, das Recht auf ein faires Verfahren und die Gesetzesbindung der Verwaltung. Nur so gibt es Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat und seine Institutionen. Unter den Teilnehmern der Panels waren u. a. Georg Eisenreich MdL, Staatsminister der Justiz des Freistaats Bayern; Dr. Josip Grubeša, Justizminister von Bosnien und Herzegowina, die ehemalige Justizministerin und Vizepräsidentin der Republik Bulgarien, Margarita Popova, Prof. Dr. Malte Graßhof, Präsident des Verfassungsgerichtshofs Baden-Württemberg, sowie Dr. János Bóka, Staatssekretär im Ministerium der Justiz von Ungarn. Zudem nahmen zahlreiche Vertreter der Botschaften und Konsulate der Donauraumstaaten in Deutschland an der Konferenz teil. Das Auswärtige Amt (AA), die Deutsche Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit e.V. (IRZ), die Südosteuropa-Gesellschaft e.V. (SOG) sowie die Stadt Ulm haben die Realisierung der Konferenz unterstützt und das Tagungsprogramm bereichert. Herr Minister Wolf hat die Ergebnisse der ersten Donaujustizministerkonferenz in einer Schlusserklärung festgehalten. Aufgrund der positiven Resonanz ist geplant, das Format fortzusetzen.

3. Brexit

Bedeutende Entwicklungen im Austrittsprozess gab es im Berichtszeitraum vor allem in der britischen Innenpolitik: Nach dem Rücktritt von Theresa May haben die Tory-Parteimitglieder Boris Johnson zum neuen Premierminister gewählt; er hat sein Amt am 24. Juli 2019 angetreten. Johnson hat sein Kabinett vorwiegend mit Brexit-Hardlinern besetzt. Die britische Regierung verlangte die Streichung des Nordirland-Backstop im Austrittsvertrag und scheint notfalls einen Austritt ohne Abkommen (No Deal-Brexit) am 31. Oktober 2019 in Kauf zu nehmen. Die EU lehnte eine Streichung des Backstop weiter ab. Erste Kontakte zwischen Premierminister Johnson und Vertretern der EU-27, u. a. Staatspräsident Macron und Bundeskanzlerin Merkel brachten keine Ergebnisse.

Das britische Unterhaus beschloss als Reaktion auf die Haltung der Regierung am 4. September 2019 ein Gesetz, das die Regierung verpflichtet, um eine Verschiebung des Austritts vom 31. Oktober 2019 auf den 30. Januar 2020 zu ersuchen, wenn nicht das Parlament zuvor ein Austrittsabkommen oder einen No Deal-Brexit billigt. Dem Gesetz stimmten auch Mitglieder der Regierungsfraktion zu, woraufhin es zu Fraktionsausschlüssen kam. Die konservative Partei hat hierdurch endgültig ihre Parlamentsmehrheit verloren. Johnson schlug daraufhin am 9. September 2019 Neuwahlen vor, konnte jedoch nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit hierfür erlangen.

Kurz vor diesen Abstimmungen hatte die Regierung angeordnet, das Parlament zwangsweise zu pausieren mit dem vermeintlichen Zweck, dass ein neues Regierungsprogramm erarbeitet werden könne. Der Supreme Court als höchstes britisches Gericht hat diese Pausierung in einem viel beachteten Urteil am 24. September 2019 für nichtig erklärt mit der Begründung, das Parlament sei hierdurch seiner Kontrollfunktion beraubt.

Die britische Regierung hat Anfang Oktober nach dem Parteitag der Tories Alternativen zum Nord-Irland-Backstop vorgelegt mit dem Wunsch, eine Änderung des Austrittsabkommens zu erreichen. Nordirland soll danach im Warenbinnenmarkt verbleiben, aber nicht in der

Zollunion. Auf dieser Grundlage werden derzeit Verhandlungen geführt.

Bewertung: Trotz erheblicher innenpolitischer Bewegung in Großbritannien hat der Brexit-Prozess im Berichtszeitraum keinen wesentlichen Fortschritt gemacht. Für die künftige Entwicklung gibt es weiter drei Optionen: Ein unregelmäßiger Brexit am 31. Oktober 2019 bleibt weiter die gesetzliche Ausgangsposition. Der Abschluss eines Austrittsabkommens erscheint unsicher, auch bei einer Einigung der britischen Regierung und der EU ist fraglich, ob das britische Parlament ein Abkommen billigt. Sollte kein Abkommen zustande kommen, steht als dritte Option eine erneute Verlängerung im Raum. Neben dem Antrag der britischen Regierung ist hierfür die Einstimmigkeit des Europäischen Rates erforderlich, die abhängig von der Begründung schwer zu erreichen sein könnte. Einige EU-Mitgliedstaaten haben bereits angekündigt, ohne konkrete Veränderungsaussicht wie bspw. eine Neuwahl oder ein erneutes Referendum der Verlängerung nicht zuzustimmen. Die Bundesregierung hat stets betont, dass eine Verlängerung mit einer Perspektive verbunden sein müsse.

4. Europaministerkonferenz

81. Europaministerkonferenz 25./26. September 2019

Herr Minister Wolf nahm an der ersten Europaministerkonferenz (EMK) unter rheinland-pfälzischem Vorsitz in Trier teil. Die Europaministerinnen und Europaminister fassten u. a. einen Beschluss, der inhaltliche Länderanliegen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 an die Bundesregierung adressiert. Die EMK hatte im Auftrag der MPK und unter Einbindung aller Fachministerkonferenzen Länderanliegen eruiert und zusammengestellt. Der EMK-Beschluss wurde im Anschluss der Ministerpräsidentenkonferenz übermittelt für deren Tagung Ende Oktober. Die Europaministerinnen und Europaminister diskutierten ferner mit den Gästen Dr. Jörg Kukies (Staatssekretär im BMF) und Michael Heinz, Vorstandsmitglied der BASF über die aktuelle europä-

politische Entwicklung und die EU-Industrie- und Wettbewerbspolitik. Als weitere Schwerpunktthemen des EMK-Vorsitzes kündigte Staatssekretärin Heike Raab (RP) die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Europabildung an. Die EMK fasste ferner unter maßgeblicher Beteiligung von Baden-Württemberg einen Beschluss zur Zukunft der Europe Direct Informationszentren (EDICs). Dieser kritisiert die geänderten Förderbedingungen, die im Land zum Wegfall des EDIC in Wolpertshausen geführt hatten, und fordert für die nächste Förderperiode eine Erhöhung der Gesamtfördersumme unter Beibehaltung der Höchstfördersummen. Die EMK ist sich einig, dass die EDIC für die dezentrale Europaöffentlichkeitsarbeit in Deutschland, insbesondere in den Flächenländern, unverzichtbar sind.

II. Europapolitische Veranstaltungen

„Europäischer Weinsommer“ am 8. Juli 2019: Baden-Württemberg präsentiert sich mit Partnerland Südtirol bei seinen europäischen Freunden und Partnern in Brüssel

Der Europäische Weinsommer auf Einladung von Minister Wolf hat sich zu einer Leuchtturmveranstaltung in Brüssel entwickelt, bei der Lebensgefühl aus Baden-Württemberg auf europäische Politik trifft. Über den Abend verteilt konnte Minister Wolf am 8. Juli rund 600 Gäste aus Brüssel und aus Baden-Württemberg in der Vertretung des Landes bei der Europäischen Union begrüßen, darunter die Mitglieder des Ausschusses für Europa und Internationales des Landtags mit Ausschussvorsitzendem Willi Stächele MdL. An den Gesprächen des Landtags-Ausschusses mit EU-Kommissar Günther H. Oettinger, dem deutschen EU-Botschafter Michael Clauß und den neu gewählten EU-Abgeordneten aus Baden-Württemberg nahm Minister Guido Wolf MdL teil.

Partnerland war im Jahr 2019 Südtirol. Nach der Begrüßung durch Minister Wolf und einem Grußwort von Kommissar Günther H. Oettinger wurde der sommerliche Abend eröffnet mit einem spritzigen Wein-

Talk, den Minister Wolf, Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch MdL (MLR) und der stellvertretende Landeshauptmann Daniel Alfreider (Südtirol) bestritten. Moderiert wurde die Talk-Runde durch Yvonne Heistermann, Weinberaterin und Sommelière (IHK). Beim anschließenden Empfang überzeugten Produkte aus Südtirol und Baden-Württemberg durch ihre hohe Qualität. Verkostungsstände der Staatsweingüter aus Baden und aus Württemberg luden zu einem Streifzug durch unsere Weinlandschaften ein. Weiter präsentierten sich Aussteller aus Baden-Württemberg und Südtirol aus dem Bereich Tourismusmarketing.

Podiumsdiskussion „Gesellschaft und Mobilität“

Am 18. September 2019 lud die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung zu einer Podiumsdiskussion in die Vertretung in Brüssel ein. Innerhalb der Veranstaltungsreihe *„Brüsseler Gespräche zur Transformation der Automobilindustrie“* diskutierte sie gemeinsam mit Partnern aus der Europäischen Kommission sowie Wirtschaft und Verbänden das Thema *„Gesellschaft und Mobilität: Baden-Württembergische Bürgerdialoge zur Mobilität der Zukunft“*. Neben Frau Staatsrätin Gisela Eler waren Herr Dimitri Vergne vom Dachverband der Europäischen Verbraucherschutzorganisationen BEUC, Herr Roland Werner von Uber und Herr Eddy Hartog von der Generaldirektion Kommunikationsnetze der Europäischen Kommission an der Diskussion beteiligt.

Darüber hinaus führte Frau Staatsrätin Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Institutionen zur Neugestaltung der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit, zu neuen Möglichkeiten der Partizipation, zu Bürgerdialogen auf europäischer Ebene sowie zum Verhältnis zwischen der Europäischen Union und der Schweiz. Am Abend eröffnete die Staatsrätin in der Landesvertretung den *„DINNER DIALOGUE: Tomorrow's EU Democracy - Giving citizens a say“* der Ber-

telsmann Stiftung in Kooperation mit der King Baudouin und der Open Society Foundation.

InvestEU-Strukturpolitiken neu?

Am 23. September 2019 fand in Kooperation mit der österreichischen Botschaft eine Podiumsdiskussion zum Thema „*InvestEU - Strukturpolitiken neu?*“ in der Landesvertretung in Berlin statt. EU-Kommissar Günther Oettinger hielt ein Impulsreferat. Im Anschluss diskutierten, moderiert von Dr. Klaus Günter Deutsch (BDI), Estelle Goeger (Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission), Dr. Ingrid Hengster (Vorstand KfW), Wilhelm Molterer (Europäische Investitionsbank), Bernhard Sagmeister (Austria Wirtschaftsservice GmbH) und als Vertreter eines EU-Leuchtturmprojektes aus Baden-Württemberg, Daniel Spitzbarth (Technologiewerkstatt Albstadt).

30. September 2019 – „Brezeln & Politics“: Podiumsdiskussion zu der neuen Europäischen Kommission

Am 30. September – unmittelbar vor Beginn der Anhörungen der Kandidatinnen und Kandidaten für die neue Europäische Kommission – hat die Landesvertretung in Brüssel zu der Auftaktveranstaltung zu einer neuen Reihe unter dem Namen „Brezeln & Politics“ eingeladen. Bei der Auftaktveranstaltung diskutierten MdEP Siegfried Muresan (stellv. EVP-Fraktionsvorsitzender), Ruth Berschens, Büroleiterin des Handelsblatts in Brüssel, und Dr. Heiko Willems, Leiter der EU-Vertretung des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V. (BDI)/ Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V. (BDA); Moderation: Hans-Jürgen Moritz, EU-Korrespondent FOCUS online. Die Teilnehmer diskutierten die politischen Prioritäten der designierten Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, den Ressortzuschnitt, die neue Gewichtung sowie die neue Struktur der künftigen Kommission in Vergleich zu Vorgänger-Kommissionen. Im Verlauf der Diskussion wurde die Einschätzung vertreten, dass die drei exekutiven Vizepräsidenten bzw. -präsidentin in der neuen Kommission eine stärkere Entscheidungsmacht haben werden, als die Vizepräsidentinnen und -präsidenten in der Juncker-Kommission haben werden. Die Podiumsteilnehmer sahen aber auch Konfliktpotential, da bei vielen Fachthemen künftig mehrere Mitglieder der Europäischen Kommission zu-

sammenarbeiten bzw. zuarbeiten sollen, so wie es Präsidentin von der Leyen auch in den Aufgabenbeschreibungen an die designierten Kommissions-Mitglieder (den „mission letters“) skizziert hat. Die Rolle der Präsidentin würde dadurch gestärkt, dass diese dann die finale Entscheidung treffen müsste.

In der neuen Reihe sollen v.a. übergeordnete Grundsatzfragen und fachübergreifende Themen diskutiert werden. Damit steigert die Landesvertretung die Wahrnehmung bei den Brüsseler Ansprechpartnern und rundet das Angebot an Veranstaltungsreihen mit Wiedererkennungswert ab. Die (mittlerweile) bewährte Reihe „Legal Lunch“ (je ein Termin im Frühjahr und Herbst) beleuchtet Justizthemen, in der Reihe „Europa. Menschen. Hintergründe.“ (rund zweimal im Jahr) führen herausragende Persönlichkeiten mit einer/m Journalisten/in im Interviewstil ein Gespräch, in der Reihe „Am Vorabend einer neuen EU-Ratspräsidentschaft“ (jeweils im Dezember und Juni/Juli) bindet die Landesvertretung den jeweiligen EU-Mitgliedstaat und Regionen der anstehenden EU-Ratspräsidentschaft ein. Dazu kommen weitere fachliche Veranstaltungsreihen wie z.B. „Brüsseler Gespräche zur Transformation der Automobilwirtschaft“ (kein fester Rhythmus).

III. Europafähigkeit und Europakommunikation

Brüssel-Studienfahrt vom 7. bis 10. Juli 2019

Der Europäische Wettbewerb ist ein wichtiger Beitrag zur Europabildung von Schülerinnen und Schülern. Die Anzahl der Teilnehmer aus Baden-Württemberg ist seit Jahren sehr hoch. Um die Attraktivität dieses Wettbewerbs zu erhalten, fördert das Ministerium der Justiz und für Europa seit drei Jahren diesen Wettbewerb. In diesem Jahr wurden 24 Gewinner zu einer viertägigen Brüssel-Studienfahrt eingeladen. Finanziert wurde die Reise vom Ministerium der Justiz und für Europa in Kooperation mit der Europäischen Kommission und dem Europa Zentrum Baden-Württemberg. Programminhalte waren neben einer Stadtführung der Besuch beim Rat der Europäischen Union, der Europäi-

schen Kommission sowie des Europäischen Parlaments und dem Empfang durch die Landesvertretung, der ausnahmsweise in den Räumen des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen stattfand.

Helferfest Bus-Tour/Europawahlkampagne am 15. Juli 2019

Auf Einladung von Herrn Minister Wolf kamen rund 50 Personen, die das Ministerium der Justiz und für Europa bei der Durchführung der Bus-Tour im Rahmen der Europawahlkampagne unterstützt hatten, zu einer Veranstaltung in das Ministerium. Mit der Veranstaltung sollte den Helfern einerseits für ihr Engagement gedankt und andererseits Gelegenheit zur Vernetzung geboten werden.

Preisverleihung im Rahmen des Schülerwettbewerbs des Statistischen Landesamtes am 18. Juli 2019

Auch das diesjährige Schülerquiz, das das Statistische Landesamt in Kooperation mit dem das Ministerium der Justiz und Europa seit mehreren Jahren durchführt, stand 2019 im Zeichen der Europawahl. An dem Quiz unter dem Motto „Also, mach Dich schlau über die EU. Gib dein Wissen weiter“ beteiligten sich 2.130 Schülerinnen und Schüler.

Zuwendungen

Im Bereich der Projektförderung wird dieses Jahr ein deutlicher Anstieg der Antragszahlen verzeichnet. Die für Zuwendungen zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 18.000,00 EUR sind nahezu aufgebraucht.

Dynamischer Europapool

Neu-Mitglieder-Treffen am 2. Juli 2019

Das zweimal jährlich stattfindende Neu-Mitglieder-Treffen hat sich mittlerweile etabliert. Dort können durch die für den Dynamischen Europapool verantwortlichen Kolleginnen und Kollegen allgemeine Informationen zum Pool geben und individuelle Fragen beantwortet wer-

den. Zudem besteht die Möglichkeit, erste persönliche Kontakte zu anderen Neu-Mitgliedern zu knüpfen.

Deutsche Ratspräsidentschaft

Am 1. September traten drei Bedienstete des Landes ihren Dienst beim Bundeswirtschaftsministerium bzw. der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU und der Europäischen Kommission an. Es handelt sich dabei um Abordnungen bzw. Zuweisungen im Zusammenhang mit der deutschen Ratspräsidentschaft 2020.

IV. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Internationale Bodenseekonferenz (IBK)

Der Ausschuss der Regionen (AdR) hat 2019 ein Pilotprojekt von „Regional Hubs“ zur Bewertung der Implementation von EU-Politiken gestartet. 20 Regionen, darunter die Internationale Bodensee Konferenz (IBK), nehmen an einer bis 2020 dauernden Pilotphase teil. Baden-Württemberg beteiligt sich im Rahmen der IBK unter Federführung des Staatsministeriums an diesem Pilotprojekt. Für die Bewertung von EU-Maßnahmen aus regionaler Sicht werden Fragebögen vom AdR entwickelt, die von den 20 „Regional Hubs“ unter Einbezug regionaler Stakeholder beantwortet werden. Zur Koordination der IBK-Arbeiten als AdR-Regional Hub wurde eine von Vorarlberg geleitete Projektgruppe bei der IBK eingerichtet. Das Ergebnis der Konsultation wird jeweils in einem Bericht des AdR veröffentlicht und an Europäische Kommission und EU-Parlament übergeben.

2019 fand bisher eine Konsultation zum Thema „Öffentliche Auftragsvergabe“ statt. Eine aktuelle Konsultation bezieht sich auf die Richtlinien der EU zum Thema Luftqualität. Hierbei wurden seitens des Staatsministeriums alle zuständigen Ressorts sowie Städte und Gemeinden eingebunden. Im Anschluss an die erfolgte Abfrage wird seitens des AdR im Oktober 2019 ein Workshop stattfinden, bei welchem die Ergebnisse besprochen werden. Eine letzte Abfrage für dieses

Jahr ist zum Thema grenzüberschreitende Patientenmobilität voraussichtlich beginnend im November geplant.

INTERREG

Die Abwicklung der beiden Interreg-A-Programme Oberrhein und Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein (ABH) der Förderperiode 2014 - 2020 neigt sich dem Ende zu. Beide Programme sind bereits mit der Planung der neuen Förderperiode 2021-2027 intensiv beschäftigt. Im Berichtszeitraum fand im INTERREG-Programm ABH keine Sitzung der Programmkommissionen statt.

Interreg Oberrhein

Im Interreg-Programm Oberrhein fanden im Berichtszeitraum zwei Arbeitsgruppensitzungen am 11. Juli 2019 und 19. September 2019 in Straßburg sowie eine außerordentliche gemeinsame Sitzung des Begleitausschusses und der Arbeitsgruppe am 11. September 2019 in Bühl (Baden) statt.

Die außerordentliche Sitzung des Begleitausschusses bestand aus zwei Teilen. Im ersten standen die geplante Befassung und der Beschluss der „*Strategischen Leitlinien*“, die durch die Verwaltungsbehörde des Interreg-Programms erstellt wurden, im Mittelpunkt. Die Leitlinien beinhalten eine Bewertung aller von der EU vorgegebenen 29 spezifischen Ziele für den Oberrhein.

Das Dokument konnte mit der Übernahme geringfügiger Änderungen durch den Begleitausschuss beschlossen werden und bildete die Basis für eine im September 2019 begonnene öffentliche Beteiligung. In dieser werden alle Stakeholder sowie Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit bekommen, ihre Meinung zum Dokument sowie mögliche Projektideen online mitzuteilen. Im zweiten Teil wurden zwei neue Projekte vom Begleitausschuss mit einem Volumen von ca. 1,5 Mio. Euro EFRE-Mittel genehmigt.

Im Hinblick auf die neue Förderperiode 2021 - 2027 fanden insgesamt zwei Sitzungen der Ad-hoc-Gruppe statt. Hierbei standen vor allem die Erarbeitung der „*Strategischen Leitlinien*“ für die Begleitausschusssitzung sowie die Vorbereitung der sich daran anschließenden öffentlichen Beteiligung im Vordergrund.

Verhandlungen EU-Verordnungen auf europäischer Ebene

Vor der Sommerpause hatten alle drei europäischen Institutionen ihre Positionen zur Verordnung über die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) verabschiedet. Die finnische Ratspräsidentschaft beauftragte die Mitgliedstaaten für die Sitzung der Ratsarbeitsgruppe „Strukturpolitik“ am 5. September 2019, ein Meinungsbild zur Position des Europäischen Parlaments einzuholen. Hintergrund ist, dass der Rat sich bei der Erarbeitung seiner Position nur auf die ursprünglichen Vorschläge der Europäischen Kommission bezogen hatte.

Die Länder wurden hierbei durch den Bund in die Abfrage eingebunden, woran sich Baden-Württemberg umfassend beteiligte. Der Trilog wird voraussichtlich im Herbst 2019 unter finnischer Ratspräsidentschaft beginnen. Zunächst sollen jedoch die Themen im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen, die einen schnellen Start der Förderperiode ermöglichen. Damit sind vor allem die Allgemeine Verordnung sowie die EFRE-Verordnung gemeint. Unsicher ist daher, wann sich der Trilog mit der ETZ-Verordnung befassen wird. Das Staatsministerium wird den Prozess auf europäischer Ebene weiterhin eng und aktiv begleiten.

V. EU-Strategie für den Donaauraum und EU-Strategie für den Alpenraum

Austausch zu Möglichkeiten der Kooperation (Embedding)

Baden-Württemberg ist an einer Vielzahl von europäischen Fonds, Programmen und Strategien beteiligt. Umfasst werden bspw. EGFL, ELER, ESF, EFRE, INTERREG und die Makrostrategien (EUSDR und

EUSALP). Die Verwaltung dieser EU-Instrumente ist sehr aufwändig und benötigt einen hohen Spezialisierungsgrad bei den zuständigen Stellen.

Durch eine engere Zusammenarbeit könnten hier noch mehr Mittel eingeworben werden. Vor dem Hintergrund der laufenden Vorbereitungen für die EU-Förderperiode 2021 - 2027 haben sich die für EU-Instrumente in Baden-Württemberg zuständigen Verwaltungen deswegen das Ziel gesetzt, den Austausch zu intensivieren.

Im Land wurde daher auf Initiative und unter der Federführung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz ein Prozess gestartet, der eine bessere Verzahnung der verschiedenen Förderinstrumente, Strategien und Programme zum Inhalt hat. Am 15. Juli 2019 fand hierzu eine Veranstaltung der betroffenen Stellen unter Beteiligung des Staatsministeriums und des Ministeriums der Justiz und für Europa statt.

EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR)

Die Revision des Aktionsplans der EUSDR bleibt weiterhin ein wichtiger Bestandteil der Aktivitäten im Kontext der Donaauraumstrategie. Auf Grundlage an die Europäische Kommission gemeldeter Positionspapiere liegt ein Entwurf des neuen Aktionsplans vor. Zu diesem besteht für die beteiligten Länder und Gremien die Möglichkeit der Kommentierung.

Am 24. September 2019 fand ein Workshop der Nationalen Koordinatoren und der Schwerpunktbereichskoordinatoren auf Einladung der Europäischen Kommission zum Entwurf des neuen Aktionsplans statt. Weitere Konsultationsverfahren und Abstimmungen mit den beteiligten Ländern und Gremien werden folgen. Vorgesehen ist, den neuen Aktionsplan im ersten Quartal 2020 zu verabschieden.

Seitens des Landes bestehen in der EUSDR auch Berührungspunkte zum Themenfeld Menschenhandel und Zwangsprostitution, innerhalb der Strategie verortet im Prioritätsbereich 11 (Sicherheit). Auch der vom Staatsministerium mitverantwortete Prioritätsbereich 10 (Institutionelle Kapazitäten und Zusammenarbeit) engagiert sich in verschiedenen Aktivitäten und Projekten rund um das Thema Menschenhandel, vor allem bei Maßnahmen der Städte und Gemeinden.

Vor diesem Hintergrund hat Frau Staatsministerin Theresa Schopper der Förderung eines Projekts aus dem Projektmittelfonds des Staatsministeriums zugestimmt. Hierzu wurde eine Lenkungsgruppe unter Federführung des Staatsministeriums gebildet, die sich am 11. Juli 2019 zur inhaltlichen Ausgestaltung des Projekts getroffen hat. Als Abschluss des Projektes soll im Herbst 2020 eine internationale und interdisziplinäre Fachkonferenz in Ulm stattfinden.

Am 13. September 2019 fand die Eröffnung des Romno Power Festivals in Ulm statt, das einen Finanzierungsbeitrag im Rahmen des vom Staatsministerium aus Fraktionsmitteln geförderten Projekts Duna Romani Luna 2.0 erhalten hatte. Hintergrund ist die häufig prekäre Situation der Roma Minderheit in den Ländern des Donauraums, die auch im Rahmen der Umsetzung der EUSDR thematisiert wird. Mit dem Romno Power Festival soll der Blick verstärkt auf die vielfältigen Beiträge der Roma zu den Kulturen der Länder des Donauraums gerichtet werden. Parallel zum Festival fand die Sinti & Roma Kulturwoche des Landesverbandes deutscher Sinti und Roma in Ulm statt. Eröffnet wurden das Festival und die Kulturwoche von Frau Staatsministerin Theresa Schopper.

VI. Vier Motoren für Europa

Frau Staatsministerin Theresa Schopper nahm am 25. September 2019 an einer gemeinsamen Veranstaltung der Vier Motoren für Europa im Rahmen des World Manufacturing Forums in Cernobbio in der

Lombardei teil. Neben Regierungsvertreterinnen und -vertretern der vier Partnerregionen waren auch Repräsentanten von Industrieverbänden der Vier Motoren-Regionen vertreten.

Für den Landesverband der Industrie Baden-Württemberg nahm Herr Hauptgeschäftsführer Wolfgang Wolf teil. Ziel der Veranstaltung war es, Maßnahmen zur Stärkung des verarbeitenden Gewerbes in den Regionen der Vier Motoren für Europa darzustellen und die Herausforderungen der Zukunft aus Warte der Industrie zu beleuchten. Wichtige Themenfelder waren dabei Künstliche Intelligenz, Digitalisierung sowie die Zukunft der Automobilwirtschaft. Die Vier Motoren für Europa veröffentlichten aus Anlass des World Manufacturing Forums ein gemeinsames Statement, das am 26. September 2019 dem Präsidenten des Forums übergeben und der Presse vorgestellt wurde.

Das World Manufacturing Forum versteht sich als offene Plattform, die darauf abzielt, die Industriekultur weltweit zu verbessern und zu verbreiten, um wirtschaftliche Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Es will damit Innovation und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe mit dem Ziel fördern, die Wettbewerbsfähigkeit durch Dialog und Zusammenarbeit zu verbessern.

Die Lombardei möchte ihre Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa in Kontinuität mit der vorangegangenen Präsidentschaft Baden-Württembergs sowie im Kontext des unter baden-württembergischer Präsidentschaft entwickelten strategischen Handlungsrahmens umsetzen. Ein Ziel ist es dabei, die Stärken des Netzwerks in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit und Innovation weiter auszubauen.

VII. Zusammenarbeit mit Frankreich

Zukunftsprozess Fessenheim

Nach dem letzten politischen Gespräch mit Herrn Staatssekretär Volker Ratzmann am 24. Juni 2019 in Stuttgart zeigte sich die französische Seite an weiteren Sondierungen mit Deutschland hinsichtlich der

Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines Rückbauzentrums in Fessenheim für den deutschen Markt interessiert. Dies, obwohl von Herrn Staatssekretär und auch der EnBW deutlich die Gründe gegen ein *Technocentre* unterstrichen und von Seiten der EnBW Ideen für mögliche alternative Kooperationsfelder mit dem französischen Energiekonzern EDF aufgezeigt worden waren.

Der zuständige interministerielle Beauftragte für den Zukunftsprozess Fessenheim im französischen Umweltministerium, David Coste, wandte sich hiernach direkt an den Bund. Über den Sommer fanden Gespräche mit den betreffenden Ressorts in Berlin statt. Die hierfür zum Teil hinzugezogenen AKW-Rückbau-Experten bestätigten - wie im Mai bereits die EnBW für den Bedarf in Baden-Württemberg -, dass für den gesamtdeutschen Markt mengenmäßig kein Bedarf für eine Rückbauanlage außerhalb Deutschlands bestehe. Zudem stimme der zeitliche Korridor bis zu einer In-Betriebnahme eines *Technocentre* voraussichtlich im Jahr 2029 nicht mit der Zeitschiene zum Rückbau deutscher Kernkraftwerke überein.

Am 26. September 2019 vertrat Herr Staatssekretär Volker Ratzmann, begleitet von Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer, die Landesregierung im Rahmen des politischen Lenkungsausschusses zum Zukunftsprozess Fessenheim, die unter Leitung der französischen Staatssekretärin Emmanuelle Wargon in der Präfektur in Colmar stattfand.

In diesem Rahmen wurden die Ergebnisse der parallel laufenden Lenkungsausschüsse zur Machbarkeitsstudie der Bahnstrecke Colmar-Freiburg und der Gründung einer gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft als Träger eines deutsch-französischen Gewerbegebiets diskutiert.

Umsetzung des Vertrags von Aachen

Am 24. Juni 2019 fand auf Einladung des Auswärtigen Amtes eine Besprechung mit Vertreterinnen und Vertretern der an Frankreich an-

grenzenden Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland sowie der fünf Eurodistrikte zur Einrichtung des „Ausschusses für grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ gem. Art. 14 des Vertrags von Aachen in Berlin statt.

Ziel der Sitzung war, die Abstimmung einer einheitlichen deutschen Position im Vorfeld einer Besprechung mit den französischen Akteuren im September 2019 in Straßburg zu erzielen. Weiterhin maßgeblich für die abgestimmte Position der drei Grenzländer ist ein gemeinsames Schreiben der drei für Frankreichangelegenheiten zuständigen Staatssekretäre Ratzmann, Raab (Rheinland-Pfalz) und Theis (Saarland) vom 9. Mai 2019, welches infolge der 3. Länderkonferenz Frankreich, die am 18. März 2019 stattfand, an Staatsminister Roth im Auswärtigen Amt adressiert wurde.

Am 30. September lud die französische Seite in der Präfektur in Straßburg zu einem informellen deutsch-französischen Treffen ein, um Details zum Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den deutschen und den französischen Partnern abzustimmen und die geplante Konstitution des Ausschusses zu konkretisieren. Die konstituierende Sitzung für den Ausschuss ist in zeitlicher Nähe des nächsten Deutsch-Französischen Ministerrats Mitte Oktober 2019 in Frankreich vorgesehen.

In Artikel 12 des Vertrags von Aachen wird ein deutsch-französischer Bürgerfonds angekündigt. Das Förderkonzept des Fonds wird derzeit, koordiniert durch das federführend hierfür zuständige Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, zwischen Bund, Ländern und den französischen Partnern abgestimmt. Die Anliegen der baden-württembergischen Akteure und der Grenzregion werden in die diesbezüglichen Gespräche eingebracht.

VIII. Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen

Reise von Herrn Minister Wolf nach Paris am 9. Juli 2019

Herr Minister Wolf reiste am 9. Juli 2019 zu Gesprächen nach Paris. Er traf sich mit Herrn Christophe Arend, Mitglied der Nationalversammlung und Präsident der französisch-deutschen Freundschaftsgruppe der Nationalversammlung. In einem weiteren Termin traf sich Herr Minister Wolf mit Herrn Jean Bizet, Vorsitzender des EU-Ausschusses des französischen Senats und weiteren Senatoren.

Thema der Gespräche waren der aktuelle Stand der Französisch-Deutschen Beziehungen, die Auswirkungen des Aachener Vertrags auf die Beziehungen der Länder, der mehrjährige Finanzrahmen sowie der Einfluss des Brexit auf die französischen Regionen. In dem Gespräch mit Senator Bizet wurde darüber hinaus die weitere Zusammenarbeit der Ausschüsse von Senat und Bundesrat besprochen.

Reise von Herrn Minister Wolf nach Schaffhausen und Bern am 18. und 19. September 2019

Am 18. und 19. September 2019 fand unter Leitung von Herrn Minister Wolf eine Delegationsreise in die Schweiz statt. Teilgenommen haben Frau Landtagsvizepräsidentin Kurtz, die Herren Abgeordneten Stächele und Sänze sowie der Schweizer Generalkonsul Steinmann. Bei den Gesprächen mit Regierungspräsident Landolt sowie Mitgliedern des Schaffhauser Regierungsrats und des Kantonsrats am 18. September 2019 standen die Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union, insbesondere aber das Institutionelle Rahmenabkommen im Vordergrund. Von Schweizer Seite wurden auch Verkehrsthemen (Hochrhein-Strecke und Gäubahn), die aktuelle Situation am Zollübergang Thayngen / Bietingen und die Probleme des Einkaufstourismus angesprochen.

Am 19. September führte Herr Minister Wolf Gespräche in der Bundeshauptstadt Bern. Bei dem Termin mit Staatssekretär Roberto Balzaretto, Direktor der Direktion für Europäische Angelegenheiten ging es erneut um das Institutionelle Rahmenabkommen. Es schlossen sich Gespräche mit Herrn Staatssekretär Mario Gattiker (Staatssekretariat

für Migration) und Herrn Prof. Dr. Walter Leimgruber (Präsident der Eidgenössischen Migrationskommission) zu Fragen der Migration an. Zum Schluss fand ein politischer Gedankenaustausch mit National- und Ständeräten des Parlaments statt.

Reise des Ministerpräsidenten nach Finnland und Schweden

Herr Ministerpräsident reiste vom 23. bis 27. September 2019 mit einer hochrangigen Delegation aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft nach Finnland und Schweden. Hauptthemen der fünftägigen Reise waren Digitalisierung und Mobilitätslösungen. Zudem stand die Pflege der langjährigen Beziehungen des Landes zum finnischen High-Tech-Standort Oulu im Mittelpunkt.

Den Landtag von Baden-Württemberg verbindet eine Partnerschaft mit der Region Nordfinland, die bis zum Beginn der 1990er-Jahre zurückreicht. So reisten Vertreterinnen und Vertreter des Landtages mit Sandra Boser (Grüne), Dr. Albrecht Schütte (CDU), Rainer Stickelberger (SPD), Daniel Karrais (FDP) und Daniel Rottmann (AfD) gehörten der Delegation an. Weiterhin knüpfte die Delegationsreise - im Sinne des europäischen Zusammenhaltes und der Stärkung von Technologie-Partnerschaften mit führenden Hightech-Standorten in Europa - an die finnische EU-Ratspräsidentschaft an-

Entsprechend den Schwerpunkten der Reise wurde Herr Ministerpräsident von einer hochrangigen Delegation aus über 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern begleitet. Aus seinem Kabinett nahmen Herr Minister Hermann sowie der Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei, Dr. Florian Stegmann, der Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Volker Schebesta sowie die Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, Katrin Schütz und die Ministerialdirigentin im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Simone Schwanitz teil.

Künstliche Intelligenz ist in Baden-Württemberg schon heute einer der wichtigsten Innovationstreiber für Wirtschaft und Wissenschaft. Die Delegation befasste sich deswegen auch damit, wie in der Heimat von Nokia und Ericsson die digitale Transformation bewältigt wird. Zudem konnten Fragen im Hinblick auf die digitale Mobilität der Zukunft und des Wandels Baden-Württembergs vom Automobil - zum Mobilitätsland diskutiert und der Strategiedialog Automobilwirtschaft in Baden-Württemberg vorgestellt werden.

Die Zusammenarbeit mit Schweden und Finnland soll in diesen Bereichen weiter ausgebaut werden. In Nordschweden wird derzeit die größte Batteriefabrik Europas errichtet. Finnland verfügt über Bodenschätze, die man zur Batteriefertigung benötigt sowie über eine erhebliche Nutzung regenerativer Energie. Daneben ließ sich die Delegation darüber informieren, wie sich der traditionsreiche Fahrzeugbau in Schweden derzeit verändert und welche Zukunftsperspektiven sich daraus ergeben.

Sowohl in Finnland als auch in Schweden wurden hochrangige politische Gespräche geführt. In Helsinki traf Herr Ministerpräsident mit der finnischen Europaministerin Tytty Tuppurainen und der Staatssekretärin im Umweltministerium Terhi Lehtonen zusammen. Bei einem gemeinsamen Empfang von Botschafter Lingemann und Herrn Ministerpräsidenten anlässlich des Tags der Deutschen Einheit hielt Herr Ministerpräsident eine Rede zum Thema Europa. In Stockholm traf er die stellvertretende schwedische Ministerpräsidentin und Ministerin für Umwelt und Klima Isabella Lövin und den Minister für Finanzmärkte, Bau- und Wohnungswesen, Städtisches Bauen und Stadtentwicklung, Per Bolund zum politischen Gespräch.

IX. Entwicklungspolitik

Die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien und der Welt-nachhaltigkeitsziele (SDG) stand auch im 3. Quartal des Jahres 2019

im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums.

Jubiläum der Fairtrade School Kampagne Baden-Württemberg

Frau Staatsministerin Schopper und Herr Staatssekretär Schebesta feierten am 5. Juli 2019 das fünfjährige Bestehen der Fairtrade Schools Kampagne in Baden-Württemberg. Bereits in den ersten fünf Jahren haben sich einhundert Schulen dieser Kampagne angeschlossen, die für Fairen Handel und einen nachhaltigen Lebensstil wirbt. Die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit und das entwicklungspolitische Landesnetzwerk DEAB e.V. führen in Baden-Württemberg diese bundesweite Kampagne mit Förderungen aus Staatsministerium und Ministerium für Kultus, Jugend und Sport durch.

Netzwerk Führung und Globale Verantwortung

Frau Staatssekretärin Olschowski und Frau Museumsdirektorin De Castro empfangen am 9. Juli 2019 die Mitglieder des Netzwerks Führung und globale Verantwortung im Lindenmuseum. Das Netzwerk ist eine Kooperation zwischen Städtetag, Kirchen, der Bundesorganisation Engagement Global und dem Land. Es hat zum Ziel, junge Führungskräfte für die Fragen der globalen Nachhaltigkeit zu sensibilisieren. Das Treffen stand unter dem Motto *"Wo ist Afrika? - Kulturelle Gedächtnisse zwischen kolonialer Destruktion und kritischer Konstruktion: Was bedeutet das für eine Neuausrichtung der Entwicklungspolitik?"*.

Netzwerk Junges Engagement

Frau Staatsministerin Theresa Schopper empfing am 25. Juli 2019 im Staatsministerium eine Delegation junger Menschen, die sich in der Entwicklungspolitik engagieren. Ziel des Gesprächs war es, dieses Engagement zu stärken und besser in der Entwicklungspolitik des Landes zu verankern. Es wurde vereinbart, dass das Netzwerk Junges Engagement dauerhaft im Rat für Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (REZ) vertreten sein soll. Dieser hatte das junge

Engagement zum Jahresthema für 2019 ausgerufen. Die Kirchen, der Städtetag, die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit, das Landesnetzwerk DEAB e.V., Engagement Global und alle anderen REZ-Organisationen haben sich dementsprechend zum Ziel gesetzt, das junge Engagement dieses Jahr in den Fokus zu stellen.

Entwicklungspolitische Landesklausur

Am 23. und 24. September 2019 fand in Stuttgart die Entwicklungspolitische Landesklausur statt. Fachleute aus den Kommunen, den Kirchen, der Landesverwaltung sowie der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft starteten das entwicklungspolitische Jahresthema 2020 "*Wirtschaften in Globaler Verantwortung*". Anlässlich der Klausur stellten sich Frau Staatssekretärin Gisela Splett beim Kaminabend und Herr Ministerialdirektor Michael Kleiner in der Sitzung des REZ dem Thema.